

Reichstag.

153. Sitzung, Mittwoch, den 28. Mai 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation an den Reichspräsidenten (Soz.) und Genossen, betreffend Einschränkung des Vereins- und Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende der Woche zu beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet nach dem Kommissionsbeschluss: Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmittelbare Staatsangehörigkeit besitzt.

Ein Antrag Herzog beantragt Wiederherstellung des § 1 der Regierungsvorlage, wonach die Staatsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben wird.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir hoffen, daß in einer nahen Zukunft das Prinzip der unmittelbaren Staatsangehörigkeit allein zur Durchführung gelangt, wie wir den lebhaften Wunsch haben, daß jeder Bürger des Reichs das Bewußtsein haben möge, unmittelbarer Angehöriger des Deutschen Reiches zu sein.

Den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage lehnen wir ab. Der Entwurf der Regierung hatte zum Ausgangspunkt den § 21 des jetzigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, wonach nach siebenjährigem Aufenthalt im Ausland ein Deutscher seiner Staatsangehörigkeit verlustig ging, wenn der Deutsche es unterlassen hatte, seinen Namen in die Matrikel des zuständigen Konsuls eintragen zu lassen.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit, diese Bestimmung zu befeitigen, seitens der Regierung konnte der Reichstag dazu benutzen, um das Gesetz überhaupt von dem Staub der Vergangenheit zu reinigen. Diese glückliche Lage hat die Kommission leider nicht genügend ausgenutzt.

Sie hat zwar den Regierungsentwurf in Einzelheiten verbessert, ist dabei aber mit unvertretbarer Jagdbarkeit vorgegangen, hat wertvolle Anträge zurückgewiesen, ja sie hat sogar eine erhebliche Verschlechterung des Rechtszustandes gutgeheißen.

Diese liegt darin, daß fortan nicht mehr jeder Bundesstaat souverän ist auf dem Gebiete der Einbürgerung. (Hört, hört! bei den Soz.) Es können vielmehr von einem der übrigen Bundesstaaten Bedenken gegen die Einbürgerung erhoben werden, und die Entscheidung, ob das Bedenken berechtigt ist, trifft der Bundesrat.

Diese erhebliche Verschlechterung im § 7 a des Gesetzes wird dadurch nicht behoben, daß man hinzugeschrieben hat, die Bedenken müßten auf Tatsachen gestützt werden. — Wir haben in der Kommission nach verschiedenen Richtungen Anträge gestellt, deren Annahme dem wahren Fortschritt erheblich gedient hätte.

Zunächst haben wir die Gleichberechtigung der deutschen Frauen beantragt. Nach dem Gesetz verlieren die deutschen Frauen in dem Augenblick der Einschließung ihre Staats- und Reichsangehörigkeit. Die deutsche Frau wird also behandelt als ein Appendix des Mannes, den sie heiratet.

Aber unser Antrag, der Frau daselbe Recht zu gewähren, das der Mann hat, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es ist unbegreiflich, daß dieselben Herren, die sonst das Nationalgefühl so anheuernd schätzen, eine deutsche Frau mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit bestrafen, wenn sie einen Ausländer heiratet, noch dazu in einem Gesetz, das nach der Ansicht seiner Väter dem Deutschtum Kräfte erhalten soll.

Ueber die Projekte der Frauen hat man sich hinweggesetzt mit dem Einwand, das Band der Ehe sei so innig, daß für verschiedene Nationalitäten innerhalb der Ehe kein Raum sei. Mit demselben Recht könnte man verlangen, daß in einer Ehe nur das religiöse Bekenntnis des Mannes gelten dürfe.

Wir beantragen, daß Deutschen der Erwerb einer anderen deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll. Es ist nicht einzusehen, warum die Behörden bei der Frage der Aufnahme in einen Staatsverband überhaupt noch mitreden dürfen. Die verbündeten Regierungen haben diesen Antrag bekämpft und gesagt, man müsse darauf sehen, daß jeder Deutsche einen Aufwels für seine Staatsbürgerschaft habe.

Nun ich weiß nicht, ob auch nur jeder hundertste Deutsche in der Lage ist, seine Staatsbürgerschaft durch ein Papier nachzuweisen, es sei denn, wenn unter den Vorfahren einer als Beamter eingestellt wurde und dadurch das Staatsbürgerrecht erhielt. (Heiterkeit links.) Wir haben in der Kommission versucht, auch persönlich einwandfreien Ausländern, die eine gewisse Zeit in Deutschland gewohnt haben, ein Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer und einer deutschen Frau hervorgegangen sind.

Auch das ist abgelehnt worden, weil angeblich nirgends in der Welt für Ausländer ein Recht auf Einbürgerung bestche. Ich denke, Deutschland soll auf allen Gebieten in der Welt voran sein. (Heiterkeit bei den Soz.) Am liebsten ist es gar nicht richtig, denn eine ganze Reihe von Staaten haben gesetzliche Bestimmungen, die unseren Anträgen vollkommen entsprechen.

Wir haben nicht einmal die Bestimmung durchsehen können, daß Familien, die seit zwei Generationen in Deutschland leben, bis zum Beweise des Gegenteil als Deutsche gelten sollen. Es ist im Gegenteil so, daß kein Staat in der Welt die Einbürgerung so weit einschränkt wie Deutschland und namentlich wie Preußen, von Rußland natürlich abgesehen.

Nennen Sie mir einen Staat, der es fertig bekommt, Semiatole so zu behandeln, wie es Preußen gegenüber den Personen tut, die durch eine unglückliche Bestimmung des dänischen Staatsrechts zu Staatenlosen gemacht sind und nun ein Fongball sind in den Händen der preussischen Behörden. Unter diesen Verfolgten sind Leute, deren deutsche Staatsangehörigkeit von preussischen Gerichten festgestellt ist, was aber die Verwaltungsbehörden einfach nicht anerkennen. Es sind Männer darunter, die in der deutschen Armee gedient und die im Krieg für Deutschland ihr Blut vergossen haben. (Hört, hört! links.)

Und wo ist schließlich ein Staat, der die Einbürgerungsanträge je nach dem Glaubensbekenntnis des Antragstellers verschieden beurteilt, und der namentlich Juden unbedingt zurückweist. Gerade weil die Verwaltungsbehörden mit dem freien Ermessen einen solchen Mißbrauch treiben, muß diese Frage gesetzlich geregelt werden.

Man erklärt, der § 7 a, der jedem Bundesstaat ein Einbürgerungsrecht gibt, sei unentbehrlich im Interesse des Wohls des Reichs. Nun, wenn das Reich immer einreisen dürfte oder müßte, wo es interessiert ist, so würde man zu den eigentümlichsten Konsequenzen kommen. Schließlich geschieht nichts in einem Bundesstaat, was nicht für das Reich von Interesse wäre.

Man z. B. in einem Bundesstaat ein Wahlsystem besteht, das elend und verwerflich ist und dessen Reform „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ ist, wollen Sie dem Reich dann auch die Möglichkeit geben, dieses Wahlsystem von sich aus zu ändern. Ich will nicht betreiten, daß dem § 7 a einige geringe Verbesserungen gegenüberstehen, so daß der Witwe oder geschiedenen Frau, die vor ihrer Verheiratung Deutsche war, ein Einbürgerungsrecht gewährt wird, aber nur, wenn sie unbescholten ist.

Was aber die preussischen Behörden für eine Auffassung von „Unbescholtenheit“ haben, das hat der Fall Düwelle gezeigt, wo einem jungen Mann deshalb das Einbürgerungsprivileg aberkannt wurde, weil er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit 5 M. Geldstrafe bestraft worden war. (Hört! hört! bei den Soz.) Das Verwaltungsverfahren muß zulässig sein in allen Fällen, wo das Gesetz, wenn auch nur bedingt, das Recht auf Einbürgerung einem Nichtdeutschen gewährt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Veltzer (Str.): Ganz so schlecht ist der Entwurf denn doch nicht. Wir erwarten von dem Gesetz eine wesentliche Förderung des Deutschtums. Im allgemeinen sollen Ausländer nur naturalisiert werden, wenn Deutschland einen Gewinn davon hat. Wir wollen nicht, daß Massen von galizischen Hausierern oder mittellose russischen Arbeitern naturalisiert werden. (Sehr richtig! im Str.)

Abg. Best-Heidelberg (nat.-lib.): Auch wir sind der Ansicht, daß das Gesetz einen Fortschritt bedeutet. Im gewissen Sinne müssen auch politische Momente ausflagelgebend sein für die Naturalisation, denn man kann dem Staat nicht zumuten, daß er Elemente aufnimmt, von denen er weiß, daß sie staatsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Das würde auch im Zukunftsstaat geschehen.

Abg. Dr. Gliese (konf.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit den Fraktionsbeschlüssen und meint, daß man den Ausländern nicht ein so weitgehendes Recht auf Erwerbung der Staatsangehörigkeit zuerkennen könne, wie es die Sozialdemokraten wollen.

Abg. Blund (Wpt.): Wir begrüßen besonders freudig die Bestimmungen über den Erwerb einer direkten Staatsangehörigkeit. Deshalb ist es bedauerlich, daß der Grundgedanke, daß die Geburt und Erziehung in einem Lande die Staatszugehörigkeit in diesem Lande ohne weiteres zur Folge hat, nicht durchgedrungen ist. Dieser Gedanke ist uralte germanische Ursprungs. (Hört, hört! bei den Soz.) Den zu weitgehenden sozialdemokratischen Anträgen können wir nicht zustimmen.

Abg. Dombed (Pole) spricht über die Behandlung polnischer Arbeiter in Preußen und über die Ausweisungspraxis der preussischen Polizei.

Abg. v. Siebert (Rp.) begrüßt das Gesetz. Jeder Deutsche, der sich der französischen Fremdenlegion verschreibt, sollte als Paria aus dem deutschen Volke für immer ausgeschlossen sein.

Abg. Herzog (Wirtsch. Bgg.) lobt den Ausdruck „Reichsangehöriger“, der einen über den staatlichen Rahmen hinausgehenden vollständigen Inhalt hat.

Abg. Kaegge (Esl.) führt Klage über unvertretbare Verweigerung der Naturalisation in Elsaß-Lothringen.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. — Schluß: 6 1/2 Uhr.

Die weltpolitische Lage.

Der Ortsverein Plogwitz-Rindow-Schleswig hatte für Dienstag eine Versammlung nach dem Felsenkeller einberufen, in der die Genossen Dr. Rosa Luxemburg aus Berlin über: Die weltpolitische Lage sprach. Die Versammlung war ganz außerordentlich stark besucht; in den Säulen standen die Besucher Kopf an Kopf. Wir lassen einen gedrängten Bericht des Referats folgen.

Genossin Luxemburg: Wir leben in einer merkwürdigen Zeit, in der die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse durch ein ganz spezielles Gebiet des öffentlichen Lebens in steigendem Maße in Anspruch genommen wird; dies Gebiet ist die auswärtige Politik. Für den Begriff und geistigen Horizont des Durchschnittsbürgers gehört die auswärtige Politik zu jenem Abteil der Morgenzeitung, das er beim Morgenkaffee leicht zur Zerstreung von seiner Sorge oder von dem Gefeis seiner besseren Hälfte. Für die Arbeiterklasse dagegen ist die auswärtige Politik tief ernst und äußerst wichtig.

Es ist nicht immer so gewesen. Wenn man das geistige Leben der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten verfolgt, so kann man förmlich den Puls dieses geistigen Lebens fühlen und beobachten, wie von Jahr zu Jahr bei der Arbeiterschaft die Aufmerksamkeit für die auswärtige Politik wächst. Trotzdem ist es noch immer nicht genug, es muß dahin gebracht werden, daß jede Arbeiterin und jeder Arbeiter verstehen lernt, was es gilt, mit derselben Energie, Aufmerksamkeit und Leidenschaft wie die Fragen der inneren Politik auch alle Geschwinde der Weltpolitik zu verfolgen.

Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter müssen sich heute sagen, es geschieht nichts in der auswärtigen Politik, was nicht die eigensten Interessen des Proletariats berührt. Wenn in Afrika von den deutschen Militärs die Regier unterdrückt werden, wenn auf dem Balkan die Serben und Bulgaren die türkischen Soldaten und Bauern nieder-morden, wenn in Kanada bei den Wahlen die konservative Partei plötzlich die Oberhand gewinnt und die liberale Herrschaft zertrümmert, in allen Fällen müssen sich die Arbeiterinnen und die Arbeiter sagen, um eure Sache handelt es sich, eure Interessen stehen dort auf dem Spiel.

Es ist Karl Marx gewesen, der uns schon viele Jahrzehnte bevor diese Entwicklung so ausgeprägt zu erkennen war, Fingerzeige für die Erkenntnis dieser Erscheinung gegeben hat. In seiner berühmten Inauguraladresse sagte er unter anderem: Kämpfe um die auswärtige Politik bilden einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation des Proletariats, sie sind also ein Teil des Klassenkampfes.

Gerade wenn wir die letzte weltpolitische Lage vergleichen mit der Zeit, in der die Inauguraladresse erschien, können wir den Wandel der Zeiten erkennen. In den vier Jahren noch war der Drehpunkt der weltpolitischen Lage die Nachkriegszeit und Folgen der Teilung Polens durch Preußen, Oesterreich und Rußland. Die gegenwärtige Weltlage ist die der Mittelmächte an dem Raube war es, um die sich die weltpolitische Lage drehte.

Wenn heute jemand fragt, was der Mittelpunkt der weltpolitischen Ereignisse ist, so würde selbst ein erstarrter Politiker über diese Frage in große Verlegenheit kommen. Heute haben wir in der Nordsee einen solchen Punkt, in der Rivalität zwischen England und Deutschland. Im Mittelmeer besteht ein ganzer Anäuel von Gegensätzen und Widersprüchen.

Der Frieden am Balkan bedeutet die Zertrümmerung der europäischen Türkei und gleichzeitig die sichere Gewähr für den nächsten Krieg um die asiatische Türkei. Aber darin erschöpfen sich der internationalen Gegensätze nicht. Aus dem Leibe des unglücklichen Persiens wird der Kampf zwischen Rußland und England ausgefochten. Im vollen Frieden wird ein Land und ein Volk zerstückelt. Ein Stück weiter nach Osten liegt der gewaltige Herd der Revolution in China. Von Asien führt der Weg über den Stillen Ozean nach Amerika. Hier erleben wir in den letzten Jahrzehnten immer neue Ueberwälzungen. Seit die Vereinigten Staaten 1898 ihren ersten Kolonialkrieg mit Spanien um die Philippinen ausfochten, sehen die amerikanischen Kapitalisten begehrlich nach Asien. Daraus ist der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und zwischen England entstanden.

Auch wenn wir die Kriege der letzten 10 bis 15 Jahre betrachten, erkennen wir, wie sich der politische Horizont nach und nach erweitert hat. Man kann, groß gebaut, den Beginn dieser Umwälzung mit dem japanisch-chinesischen Kriege im Jahre 1895 beginnen. Der Krieg zeigte ein Land, das zum erstenmal zur Selbständigkeit erwachte. 1898 folgte der Krieg zwischen Amerika und Spanien, bei dem die Vereinigten Staaten zum erstenmal außerhalb ihres Landes kämpften. Der Burenkrieg von 1899 krönte eine Anzahl stiller Eroberungen, die England dort unten gemacht hatte. Dann kam der Sunnenfeldzug nach China, bei dem Wilhelm II. den Soldaten die Parole mit auf den Weg gab: Parolen wird nicht gegeben, Gefangen werden nicht gemacht, die Soldaten sollten hausen wie die Hunnen, so daß nach tausend Jahren kein Chinese wart, einen Deutschen sehen anzu sehen. 1904 drach der Krieg zwischen Rußland und Japan aus, dem die russische Revolution folgte, an die sich die Revolution in Persien, in der Türkei und zum Teil in Indien anschloß. Wir haben dann in den letzten vier Jahren eine Reihe zuckender Blitze und Gewitter in China gehabt. Der Streit zwischen Frankreich und Deutschland um Marokko hat den Roubzig Italiens nach Tripolis und dieser wieder den Balkankrieg zur Folge gehabt. Die Triebkraft dieser Kriege ist das Bestreben, die noch nicht vom Kapitalismus erreichten Gebiete aufzuteilen.

Wie vor kurzer Zeit gab es in der Sozialdemokratie ein ganz einfaches Mittel, um zu entscheiden, wie wir uns zu einem Kriege zu stellen haben. Der Angriffskrieg wurde abgelehnt und verdammt, dagegen mußte auch die Sozialdemokratie für den Verteidigungskrieg eintreten. Genosse Bebel, der so viel Ausgezeichnetes, manchmal

aber auch, wie jeder Mensch, weniger Ausgezeichnetes gesagt hat, hat ja einmal im Reichstage erklärt, er wolle bei einem Verteidigungskriege trotz seiner alten Tage noch die Fronte auf den Büdel nehmen. Diese Meinung ist schon deshalb nicht brauchbar, weil die Unterscheidung zwischen Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg unter den Händen zerrinnt oder wie eine Seifenblase zerplatzt. In den Kriegen der französischen Revolution gab die französische Regierung die Kriegserklärungen ab, und doch waren es Verteidigungskriege, die das Wert der Revolution gegen die Reaktion schützten.

Der Krieg auf dem Balkan ist förmlich genommen ein Angriffskrieg gegen die Türkei. Aber die Nachbarn der angreifenden Nationen zerließen in Betenungen über die Verteidigung der heiligsten nationalen Rechte und des christlichen Glaubens gegen die Türken, und auch sie haben recht. Daraus haben wir den Schluß zu ziehen, wir als Proletariat haben uns gegen jeden Krieg zu wenden, gleichviel ob Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg. Wir erkennen in ihm eine Folge des Imperialismus, und wie wir den Imperialismus als Ganzes, so bekämpfen wir auch jede seiner Teilerscheinungen.

Ein Vorbehalt in unserer Taktik ist, daß sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Boden des Dreibunds stellt, das heißt, daß sie die Vereinigung der deutschen, österreichischen und italienischen Diplomatie unterstützt. Es ist tief bedauerlich, daß erst vor einigen Wochen, als die neue Militärvorlage im Reichstage verhandelt wurde, Genosse David der Regierung im Auftrage der Fraktion öffentlich erklärte, wir Sozialdemokraten stehen auf dem Boden des Dreibunds, wobei nur der Vorbehalt gemacht wurde, der Dreibund müsse ein braver Knabe sein und für den Frieden wirken. Leider sind wir nicht allein damit geblieben, denn fast am gleichen Tage hat im Wiener Parlament Genosse Keiser eine ähnliche Erklärung für die österreichische Sozialdemokratie abgegeben. Vom Dreibund, von einer kapitalistischen Bündnispolitik, die den Krieg vorbereiten soll, erwarten, sie solle für den Frieden wirken, das ist das Bekenntnis eines Menschen, der vom Dittelfuß Reigen pflücken will. Man muß nur einmal die Resultate des Dreibunds betrachten. Seine erste Folge war, daß Frankreich zu der schmuckvollen Allianz mit Rußland förmlich getrieben wurde und daß England mit Frankreich und Rußland zu jenem dreieckigen Verhältnis gebracht wurde. Eine andre Folge des Dreibunds sind die ungeheuren Rüstungen Deutschlands gegen Frankreich und Rußland und ebenso die Rüstungen Oesterreichs. Wo war denn auch der Dreibund, als es galt, den Frieden zu erhalten, als eine Dreibundmacht Tripolis überfiel oder als Oesterreich Bosnien und die Herzegovina annerbete? Es ist eine alte Anekdote, daß, wo zwei oder drei kapitalistische Staaten die Rüge zusammenstecken, es sich immer um die Haut eines vierten kapitalistischen Staates handelt. Welche Neutralität gehört dazu, von diesem Bündnis zu erwarten, es sollte eine Gewähr sein für den Frieden. Es gibt ein internationales Bündnis, das sich als einzige Gewähr für den Frieden herausgestellt hat. Das einzige Bündnis, auf das zu rechnen ist, das ist das Bündnis aller revolutionären Proletariat der Welt!

Wir haben auch noch mit einer andern Illusion, die Verwirrung anrichten kann, reinen Tisch zu machen, nämlich mit der Illusion von der Abrüstung. Vor einigen Jahren gefiel es dem englischen Minister Grey, eine schöne Rede zu halten, in der er für eine Verständigung über die Rüstungen eintrat. Kaum hatte man dies bei uns gehört, so lauten einige Genossen unserer Reichstagsfraktion: Bravo, der Mann spricht wie ein Buch. Sie glaubten, auf diese Weise könnten wir von dem Krieg nach rückwärts zu dem Frieden kommen. Als aber Grey so sprach, hatte er schon eine neue Flottenvorlage in der Tasche, und statt der Abrüstungen kamen ungeheuer neue Rüstungen. Auch in Deutschland war es ja ähnlich. In der Budgetkommission rebete der Kriegsminister einer Verständigung mit England das Wort. Das gab ein großes Halla! Ein deutscher Kriegsminister, der wie eine Taube den Delzweig des Friedens im Schnabel hielt; das war in Wirklichkeit das Vorbild zu der ungeheuren Militärvorlage. Man muß doch geradezu die Augen schließen, um nicht zu sehen, daß die Rüstungen eine naturnotwendige Konsequenz der gegenwärtigen Entwicklung sind. Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören. Alle großen und kleinen kapitalistischen Staaten sind jetzt in den Strudel der Wettbewerben gerissen. Es war immer das Vorrecht der Sozialdemokratie, daß sie mit ihren Bestrebungen nicht im Wolkenkuckucksheim wurzelte, sondern mit festen Füßen auf dem realen Boden stand. Wir haben bei allen Erscheinungen in der Politik immer gefragt, wie sich diese Erscheinungen mit der kapitalistischen Entwicklung vereinbaren. Wie haben wir doch über die bürgerlichen Friedenspolitiker gelaßt, diese guten Leute und schlechten Müllanten. Es ist eine hoffnungslose Utopie, zu erwarten, daß durch unsre Propaganda für die Abrüstung die kapitalistischen Staaten aufhören werden zu rüsten. Die Rüstungen sind eine fatale Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung und dieser Weg führt in den Abgrund.

Wir haben ein ganz anderes Ziel zu verfolgen, das uns klar und deutlich unsre historische Aufgabe stellt, das Mißsystem, die Bewaffnung des Volkes, wie sie unser Programm verlangt. Wir haben die Pflicht, dem Volke zu sagen, daß es aufhören muß, Kadavergehoram zu zeigen, daß es seine eigenen Interessen wahrnehmen muß. Allerdings die Forderung der Miliz ist etwas ganz anderes als die Abrüstung der herrschenden Klasse; das Mißsystem kann einzig und allein nur aus der Tatkraft des Proletariats hervorgehen. Wir täuschen uns nicht, wir glauben nicht, daß wir von heute auf morgen die Miliz einführen können. Eine Heeresorganisation, bei der das Volk in Waffen entscheidet, ob es in den Krieg ziehen will oder nicht, läßt sich nicht vereinbaren mit der Herrschaft der Trupps und der Rüstungsartillerie. Um die Miliz einzuführen, müssen wir die herrschenden Klassen stürzen, das bedeutet eine Revolution, ein gewaltiges Stück historischer Arbeit. Aber soll das ein Anlaß sein, unsre Forderung wie ein Familienheiligum sorgfältig im Schrank aufzubewahren, um es immer bei besonders feierlichen Gelegenheiten hervorzuholen? Nein! Wir müssen die Miliz fordern im täglichen Aktionsprogramme; das Volk muß wissen, daß die Durchführung der Forderung den Sturz der Junkerherrschaft voraussetzt. In Frankreich erleben wir jetzt den stürmischen Protest gegen die dreijährige Dienstzeit, dort beginnt schon die Opposition gegen den militärischen Kadavergehoram. Sollte der deutsche Arbeiter dümmer und schlechter und feiner sein? Ich glaube, daß wir nicht umsonst vier Millionen sozialdemokratischer Stimmen zählen und nicht umsonst 50 Jahre sozialistische Geschichte hinter uns haben. Auch die Zeit wird kommen, wo die deutsche Arbeiterschaft sich nicht mehr kommandieren läßt, wo sie sich wie ein Mann erhebt und sagt: Ich will es nicht, ich tue es nicht! (Lebhafter Beifall.)

Eine Folge der Rüstungsdelirien ist der schmuckvolle Niedergang des Parlamentarismus. In Deutschland ist jede bürgerliche Opposition aus dem Parlament verschwunden, es gibt keine Rüstungsvorlage, die nicht von den getreuen Regierungsmamelucken bewilligt würde. Die Regierung braucht nur zu pfeifen und die Parlamente springen wie die Pudel. Wir arbeiten bei Reichstagswahlen im Schweiße unseres Angesichts, um so viel Vertreter als möglich in den Reichstag zu schicken, wenn es aber einen Arbeiter gibt, der da meint, es genüge, einen Stimmzettel abzugeben, so kann er mir nur leid tun. Im gleichen Maße, in dem mehr Sozialdemokraten in die Parlamente geschickt werden, sinken diese Parlamente immer mehr zu einem Feigenblatt des Absolutismus herab. Als die Chinarexpedition ausgearüstet wurde, waren die Abgeordneten bei Muttern, nachher gewählten die Vertreter des Bürgerturns für die schon verabsagten Mittel mit häudischer Besessenheit Indemnität. In England, wo das Zeremoniell des parlamentarischen Sozialismus besonders ausgebildet ist, liegen die Verhältnisse genau so,